

Zu Punkt **der Tagesordnung**

Interfraktioneller Antrag		0687/2008 öffentlich 22.08.2008
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 18.09.2008	Ratsversammlung	Ratsherr Hahn, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Oschmann, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Betreff: Klimaverträgliche Energieversorgung in Kiel		

Antrag:

In Kiel wird kein neues Kohlekraftwerk gebaut.
Mit gutachterlicher Unterstützung entwickelt die Landeshauptstadt Kiel ein Zukunftskonzept „Klimaverträgliche Energieerzeugung- und Versorgung“. Grundlage ist das am 15. Mai 2008 von der Ratsversammlung beschlossene Energie- und Klimaschutzkonzept. Zu den Anforderungen an das Zukunftskonzept gehören insbesondere folgende Potenzialuntersuchungen:

- Minimierung der CO₂ Emissionen,
- Energieeinsparungen im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich,
- Dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung und rationelle Energienutzung,
- Nutzung der erneuerbaren Energien (Biomasse, Solarenergie, Wasserkraft, Windenergie, Geothermie),
- Optimierter Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen einschließlich Einsatz- und Umrüstmöglichkeiten der schon vorhandenen Anlagen der Wärme- und Stromerzeugung,
- Maximale Arbeitsplatzeffekte in der Kieler Region,
- Bezahlbare Energiepreise für private und gewerbliche Kunden,
- Erhalt einer angemessenen Dividende der Stadtwerke nach der Abschaltung der jetzigen GKK.

Für die Erstellung des nachhaltigen ökonomischen und ökologischen Konzepts und seiner Umsetzung sind Fördermittel des Bundes und des Landes einzuwerben.

Begründung:

Der durch den Menschen verursachte Klimawandel ist eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist. Durch den 4. IPCC-Bericht und den Stern-Report sind auch die gravierenden negativen Folgen für die Weltgesellschaft und die Weltwirtschaft bekannt. Die wesentliche Schlussfolgerung lautet, dass der Klimawandel nur dann in erträglichen Grenzen bleibt, wenn ebenso konsequent wie schnell gehandelt wird. „Global denken und lokal handeln“ gewinnt angesichts der Faktenlage eine neue und verbindliche Dimension, an der sich alle zukünftigen energiepolitischen Handlungen messen lassen müssen. Dies ist eine grundlegende Frage der politischen Glaubwürdigkeit, gerade auch in der „Klimaschutzstadt Kiel“!

Die Erreichung der nationalen Klimaschutzziele von 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 und 80 Prozent bis 2050 erfordert:

- die Mobilisierung aller Energieeinsparpotenziale im Wärme- und Stromsektor,
- die Steigerung der Energieeffizienz vor allem durch hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung,
- die Entwicklung aller erneuerbaren Energieträger.

Vor diesem Hintergrund muss mit dem Ausstieg aus der Kohleverbrennung ernst gemacht werden.

Umfassende Klimaschutzkonzepte werden durch Zuschüsse des Bundesministeriums für Umwelt in Höhe bis zu 80% finanziert aus den Einnahmen der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten

Gez. Ratsherr Jürgen Hahn f.d.R.

Gez. Ratsherr Lutz Oschmann f.d.R.

Gez. Ratsfrau Danker f.d.R.